

Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn

MARTIN BRUSIS

Im zurückliegenden Jahr traten Polen, Slowenien, Tschechien und Ungarn in konkrete Beitrittsverhandlungen mit der EU ein. Polen, Tschechien und Ungarn wurden zudem formelle Mitglieder der NATO. Die Slowakische Republik machte ebenfalls einen großen Schritt auf dem Weg nach Europa, als ihre Bürger bei den Parlamentswahlen die Regierung von Vladimír Mečiar ablösten. Trotz ihrer bisherigen Erfolge bei den wirtschaftlichen Strukturreformen und der Rechtsangleichung standen alle fünf ostmitteleuropäischen Länder vor weiteren schwierigen Anpassungsprozessen in neuralgischen Wirtschaftssektoren wie der Landwirtschaft, der Schwerindustrie und dem Bankgewerbe.

Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union

Nachdem die EU-Mitgliedstaaten mit allen zehn Beitrittskandidaten auf einer Europa-Konferenz am 12. März 1998 den Beitrittsprozeß eröffnet hatten, begannen die Kommission und die Beitrittsländer der ersten Gruppe am 27. April 1998 mit der Sichtung des gemeinschaftlichen Rechtsbestandes (Screening des *acquis communautaire*). Während das Screening noch andauerte, eröffnete der Rat am 10. November 1998 die offiziellen Verhandlungen mit der ersten Kandidatengruppe. Bis zum Ende der deutschen Ratspräsidentschaft konnten sieben von insgesamt 31 Kapitel des *Acquis* mit allen hier untersuchten Ländern vorläufig abgeschlossen werden. In diesen Kapiteln einigten sich der Rat und der Beitrittsstaat auf den Umfang der zulässigen Übergangsregelungen bei der Übernahme des *Acquis*. Vor allem in Polen glaubten viele Politiker und Entscheidungsträger zunächst, die Beitrittsverhandlungen seien genuine Verhandlungen zwischen gleichberechtigten Partnern über aushandelbare Regelungen.¹ Im Zuge der ersten Verhandlungsrunden wurde jedoch allen Beitrittsländern allmählich klar, daß die EU nicht bereit war, dauerhafte Ausnahmeregelungen oder gar eine Modifikation des *Acquis* zu dulden.

Bei den bereits abgeschlossenen Kapiteln des *Acquis* handelt es sich um vergleichsweise unproblematische Materien deren Umsetzung wesentlich kürzere Übergangsfristen erfordert als die Kapitel Verkehr, Agrarpolitik und Umweltschutz, die noch nicht verhandelt wurden. Für diese Kapitel plante beispielsweise die ungarische Regierung je über 20 Übergangsregelungen zu beantragen.² Im Zusammenhang mit der Herstellung des freien Kapitalverkehrs versuchten alle vier hier betrachteten Verhandlungsteilnehmer zu erreichen, daß Ausländer erst nach einer Übergangszeit das Recht zum Erwerb landwirtschaftlich nutzbarer Grundstücke

ANDERE EUROPÄISCHE ORGANISATIONEN UND STAATEN

Stand der Beitrittsverhandlungen am 22.6.1999 (✓ = vorläufig abgeschlossen)

Kapitel des <i>acquis communautaire</i>	Polen	Slowenien	Tschechien	Ungarn
1. Wissenschaft und Forschung	✓	✓	✓	✓
2. Telekommunikation und Informationstechnologie	✓	✓	✓	✓
3. Allgemeine und berufliche Bildung	✓	✓	✓	✓
4. Kultur und audiovisuelle Politik				
5. Industriepolitik	✓	✓	✓	✓
6. Kleine und mittlere Unternehmen	✓	✓	✓	✓
7. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik				
8. Gesellschaftsrecht				
9. Freiheit des Güterverkehrs				
10. Verbraucher- und Gesundheitsschutz	✓	✓	✓	✓
11. Fischerei		✓	✓	✓
12. Statistik	✓	✓	✓	✓

Quelle: Angaben der EU-Kommission.

erhalten sollten. Ein weiterer Konflikt zeichnete sich bei den Kapiteln Außenbeziehungen und Zollunion ab. Die Übernahme des *Acquis* bedeutet aufgrund der vollständigen Vergemeinschaftung dieser Bereiche, daß die Beitrittsländer ihre eigene Zoll- und Handelspolitik durch die Bestimmungen der Gemeinschaft ersetzen. Die tschechische Regierung wollte jedoch die 1993 mit der Slowakischen Republik vereinbarte Zollunion bis zum slowakischen EU-Beitritt beibehalten, und die slowenische Regierung forderte, ihre Freihandelsabkommen mit Kroatien und Makedonien sowie ihr Kooperationsabkommen mit Bosnien-Herzegowina für einen Zeitraum von zehn Jahren nach dem Beitritt erhalten zu können.³

Wie in den Beitrittspartnerschaften vorgesehen, legten alle mittel- und osteuropäischen Länder im März 1998 Nationale Programme zur Übernahme des *Acquis* vor. Vor allem Slowenien und Tschechien hatten große Probleme, die in den Beitrittspartnerschaften vorgesehenen Reformen entsprechend umzusetzen, sie schnitten in den Fortschrittsberichten der Kommission vom November 1998 am schlechtesten ab.⁴ Obwohl die von Miloš Zeman geleitete neue tschechische Regierung der Rechtsangleichung besondere Priorität einräumte, blieb die Gesetzgebung weit hinter den Vorgaben des Nationalen Programms zurück. Angesichts der Defizite schlug der stellvertretende tschechische Ministerpräsident Pavol Rychetsky dem tschechischen Parlament vor, per Verfassungsänderung das EU-Recht über die einheimischen Gesetze zu stellen, damit es auf einfache Weise durch Regierungsverordnungen eingeführt werden könnte.⁵

Schwierig erwies sich auch die adäquate Nutzung des PHARE-Programms für die Beitrittsvorbereitung. Nachdem die Kommission bereits die für Polen bereitgestellten PHARE-Mittel im Mai 1998 um ca. 15% reduziert hatte, drohte sie, auch Ungarn PHARE-Mittel im Umfang von 34 Mio. Euro zu streichen, wenn das Land keine durchführbaren und präzisen Projekte vorlege.⁶ Die anfänglichen optimisti-

schen Erwartungen hinsichtlich eines frühen Beitritts schienen 1998/99 einer realistischeren Einschätzung zu weichen und der neugewählte ungarische Ministerpräsident Victor Orbán erklärte, die Beitrittsbedingungen seien für Ungarn wichtiger als der Beitrittstermin.⁷ Die tschechische Regierung nannte in ihrem Strategiepapier vom Juni 1998 als mögliches Beitrittsdatum das Jahr 2003, wahrscheinlicher sei jedoch ein Beitritt zwischen 2005 und 2006.⁸ Der Leiter der Verhandlungsdelegation der EU-Kommission, Nikolaus van der Pas, plädierte für das Jahr 2005 als frühestmöglichem Beitrittszeitpunkt.⁹

Kontinuitäten und Akzentverschiebungen der neuen Regierungen

Die neugewählten Regierungen in Tschechien, Ungarn und der Slowakei versuchten eigene politische Akzente zu setzen und dabei ihre Handlungsspielräume auszuloten, ohne indes die grundlegenden europapolitischen Festlegungen ihrer Vorgängerinnen in Frage zu stellen. Im Hinblick auf die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa hatten die slowakischen Parlamentswahlen vom 25. und 26. September 1998 überragende Bedeutung. Die Ablösung der Mečiar-Regierung eröffnete der Slowakei die Chance, das Kopenhagener Beitrittskriterium der demokratischen Stabilität zu erfüllen. Die Wahlen verliefen insgesamt frei und fair bei einer hohen Wahlbeteiligung, was nach dem chaotischen Ende des Referendums vom Mai 1997 dazu beitrug, das Vertrauen in den Wahlakt und die staatlichen Institutionen zu stabilisieren. Die bisherigen Oppositionsparteien erreichten eine absolute Mehrheit von 93 der 150 Sitze im Slowakischen Parlament und konnten eine Regierung unter der Leitung des liberalen Politikers Mikuláš Dzurinda bilden, an der auch die Partei der ethnisch ungarischen Minderheit teilnahm. Die Kommunalwahlen im Dezember 1998 bestätigten die neuen Mehrheitsverhältnisse im Land. Am 30. Mai 1999 gewann überdies der Kandidat der Oppositionsparteien, Rudolf Schuster, die erstmals durchgeführten Direktwahlen zum Amt des Staatspräsidenten gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Mečiar.

Bei der Tagung des Assoziationsrates EU-Slowakei am 27. April 1999 lobte die EU-Kommission die slowakischen Anstrengungen zur Stärkung demokratischer Strukturen und erklärte, die Slowakei werde die politischen Kriterien erfüllt haben, sobald sie ein Minderheitenssprachgesetz vorlege.¹⁰ Die Verabschiedung des Gesetzes verzögerte sich jedoch, da die Partei der ethnisch ungarischen Minderheit und die postkommunistische Partei der Demokratischen Linken sich nicht auf den für eine Benutzung der Minderheitensprache im Behördenverkehr mindestens notwendigen Minderheitenanteil in einer Gemeinde einigen konnten.¹¹ Diese und andere Streitigkeiten, wie z.B. über die soziale Abfederung des ökonomischen Stabilisierungsprogramms, zeigten, daß die heterogen zusammengesetzte Regierungskoalition in einzelnen Sachfragen erst mühsam einen Konsens aushandeln mußte. Im Verhältnis zu Ungarn trat mit dem Amtsantritt der neuen slowakischen Regierung schnell eine deutliche atmosphärische Verbesserung ein, zumal auch die neue ungarische Regierung die gutnachbarschaftlichen Beziehungen zur Slowakei höher bewertete als die Parteinahme zugunsten der slowakischen Magyaren.

In Tschechien entstand nach den Parlamentswahlen eine ebenso labile politische Konstellation wie in der Slowakei, da die sozialdemokratische Partei die Parlamentsmehrheit durch einen „Oppositionsvertrag“ herstellte, den sie am 10. Juli 1998 mit der liberalen Partei des ehemaligen Ministerpräsidenten Václav Klaus (ODS) unterzeichnete. Die Sozialdemokraten überließen der ODS darin das Recht, Schlüsselpositionen im Parlament zu bestimmen. Im Gegenzug stimmte die ODS für eine sozialdemokratische Minderheitsregierung und sicherte zu, bis zum Ende der Legislaturperiode keinen Mißtrauensantrag zu stellen oder zu unterstützen.

Da der Oppositionsvertrag keine sachbezogenen Vereinbarungen enthielt, waren Auseinandersetzungen und langwierige Konsensbildungsprozesse vorprogrammiert. So scheiterte die Regierung zunächst mit dem Versuch, erstmals seit dem Systemwechsel einen defizitären Staatshaushalt zu beschließen. Erst mit Unterstützung der kleineren Oppositionsparteien wurde der Haushalt Ende November 1998 verabschiedet.

Die tschechischen Sozialdemokraten bemühten sich, die von der EU-Kommission monierte, von der ODS bisher aber stark vernachlässigte Reform der öffentlichen Verwaltung und die Restrukturierung der großen Staatsunternehmen einzuleiten. Die ODS-Politiker taten sich nach ihrem Wechsel in die Opposition noch deutlicher als neoliberale Kritiker der EU hervor, die Freiheitsunion und die Christdemokraten vertraten dagegen eher pro-europäische Ansichten. Zum pro-europäischen Lager bekannte sich auch der tschechische Staatspräsident Václav Havel, der Anfang März 1999 in einer aufsehenerregenden Rede eine föderale Zukunftsvision für die EU entwickelte. Havel schlug vor, der EU eine Verfassung zu geben, ein Zwei-Kammern-Parlament aus direkt gewählten Abgeordneten sowie Vertretern der nationalen Parlamente einzurichten und die Kommission nach Sachkompetenz statt nach Länderproporz zu besetzen.¹²

Während die im Kommissionsbericht zu Tschechien vermerkten Mängel von der tschechischen Öffentlichkeit und der Regierung überwiegend als Erblast der Klaus-Ära interpretiert wurde, nahmen die slowenischen Oppositionsparteien den ebenso kritischen Slowenien-Bericht der Kommission zum Anlaß, die von Janez Drnovšek geleitete Regierung zum Rücktritt aufzufordern. Nach ihrer Auffassung war die Regierung nicht in der Lage, Slowenien als „modernen Staat zu etablieren, der selbstbewußt durch das EU-Tor schreiten kann.“¹³ Als die regierenden Liberaldemokraten und die Volkspartei bei den slowenischen Kommunalwahlen im November 1998 ein schlechteres Ergebnis als bei der Parlamentswahl von 1996 erzielten, wuchsen die Spannungen innerhalb der Regierungskoalition und kulminierten im Februar 1999, als sich die Volkspartei weigerte, den Innenminister in einer Vertrauensabstimmung zu unterstützen.

Ungarn erlebte 1998/99 eine scharfe innenpolitische Polarisierung zwischen der neugewählten rechtsliberal-konservativen Regierung und den Oppositionsparteien.¹⁴ Die Regierung warf der sozialistisch-linksliberalen Opposition vor, die Medien zu dominieren und dadurch die Berichterstattung über die Regierungspolitik negativ zu beeinflussen. Beide Seiten bezichtigten einander, in Korruptions-skandale verstrickt zu sein. In dieser zugespitzten Situation weigerten sich die

Regierungsparteien, Abgeordnete zweier kleiner konservativer Parteien, die bei den letzten Wahlen nicht den Wiedereinzug ins Parlament geschafft hatten, aus den Kuratorien für das staatliche Fernsehen und Radio zu entlassen. Während die Regierung diese Abgeordneten der Opposition zurechnete, vertraten die linksliberalen und sozialistischen Oppositionsparteien die Ansicht, daß sie dem Regierungslager politisch wesentlich näher stünden. Die Oppositionsparteien lehnten die Einführung einer bewaffneten, mit weitgehenden Interventionsrechten ausgestatteten Steuerpolizei ab und wandten sich gegen eine Verfassungsänderung, die die Entscheidung über die Teilnahme ungarischer Soldaten an NATO-Aktionen vom Parlament auf die Regierung übertragen hätte.

Die ungarischen Kommunal- und Bezirkswahlen am 18. Oktober 1998 ließen die politischen Kräfteverhältnisse weitgehend unverändert. Obwohl der neue ungarische Ministerpräsident bei seinem Antrittsbesuch in Brüssel die ungarischen nationalen Interessen stärker akzentuierte und darauf bestand, daß die Arbeitnehmerfreizügigkeit unverzüglich zum Zeitpunkt des EU-Beitrittes hergestellt werden müsse,¹⁵ überwog insgesamt die Kontinuität zur pragmatischen Außenpolitik der vorigen sozialistisch-liberalen Regierung. Bei einem erneuten Treffen der ungarischen Regierung mit den politischen Vertretern der ethnisch ungarischen Minderheiten in den Nachbarländern im Februar 1999 bekräftigten die teilnehmenden Politiker, daß die euro-atlantische Integration des Staates Ungarn allen Ungarn nutzen werde.

In Polen verschärfen sich im vergangenen Jahr die Konflikte um die Ausrichtung der Europapolitik und um die zur Beitrittsvorbereitung erforderlichen Reformen. Mit dem Regierungswechsel geriet die polnische Beitritts- und Europapolitik in ein dreipoliges Spannungsverhältnis zwischen dem sozialistischen Staatspräsidenten Alexander Kwaśniewski, der Freiheitsunion und ihrem Außenminister Bronisław Geremek sowie den katholisch-nationalen Gruppen in der Wähleraktion *Solidarność* (AWS), die mit Ryszard Czarnecki den Vorsitzenden des Kabinettsausschusses für europäische Integration stellten. Nachdem es Czarnecki nicht gelungen war, die unterschiedlichen Entscheidungszentren und Interessen in der polnischen Regierung zu koordinieren, entzog der Ministerpräsident Jerzy Buzek Czarnecki die Koordinationsfunktion, „beförderte“ ihn im Juli 1998 zunächst zum Minister ohne Portfolio für EU-Fragen und entließ ihn im Zusammenhang mit der Kabinettsumbildung Ende März 1999. Mit der Kabinettsumbildung versuchte Buzek, die gesunkene Popularität der Regierung wieder zu erhöhen und die Spannungen zwischen den Koalitionspartnern AWS und der Freiheitsunion über den weiteren Reformkurs zu verringern.¹⁶

Diese politischen Machtkämpfe berührten die positive Einstellung der polnischen Bürger und Politiker gegenüber der EU und einer EU-Mitgliedschaft ihres Landes nicht. Umfragen zeigten, daß eine hohe Bereitschaft zur Übertragung von Souveränitätsrechten in der Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik bestand.¹⁷ Obwohl einzelne rechtskatholische Gruppen wie etwa die Betreiber des „Radio Maryja“ starke Vorbehalte gegen die EU erhoben, unterstützte die katholischen Priesterschaft in ihrer Mehrheit (84%) den Beitritt Polens zur EU.¹⁸

Die neuen Regierungen unternahmen keine grundlegenden außenpolitischen Richtungswechsel. Am 12. März 1999 traten Polen, Tschechien und Ungarn formell der NATO bei. Diese Entscheidung wurde bereits kurz danach einer harten innenpolitischen Probe unterzogen, als die NATO ohne Mandat der Vereinten Nationen und ohne eine explizite Grundlage im Nordatlantikvertrag die Bundesrepublik Jugoslawien angriff. Nachdem die Ministerpräsidenten Polens, Tschechiens und Ungarns im Oktober 1998 angekündigt hatten, die 1993 eingestellte Visegrád-Kooperation zu erneuern, luden sie im Mai 1999 auch die neue slowakische Regierung dazu ein.¹⁹ Zu einer engeren Kooperation bei der EU-Beitrittsvorbereitung bestehen jedoch nur begrenzte Chancen, da die entscheidenden Verhandlungsrunden mit der EU bilateral organisiert und die einzelnen Länder in unterschiedlichem Maße vorangeschritten sind. Ungarn, das in den meisten EU-relevanten Bereichen eine Spitzenposition einnimmt, betonte mehrfach, daß jeder Beitrittskandidat individuell bewertet und behandelt werden solle. Zudem begrenzen konkurrierende wirtschaftliche Interessen, beispielsweise im Bereich des Agrarhandels, das Potential zur Zusammenarbeit, wie das Prager Gipfeltreffen der am Zentraleuropäischen Freihandelsabkommen beteiligten Länder Anfang September 1998 verdeutlichte.

In allen fünf Ländern existierte eine starke Bevölkerungsmehrheit, die die EU und den europäischen Integrationsprozeß allgemein unterstützte und für einen Beitritt ihres eigenen Landes zur EU eintrat. Der Anteil der Bürger, die in einem Referendum für den Beitritt stimmen würden, lag in Polen am höchsten, in Tschechien und Slowenien am niedrigsten.²⁰

Wirtschaftliche und strukturelle Reformen zur Vorbereitung des Beitrittes

Ein Schwerpunkt der ökonomischen Reformen lag in der Privatisierung und Restrukturierung von Banken und großen Industrieunternehmen. Die ungarische Regierung erwarb im Dezember 1998 die Aktienmehrheit der in die Krise geratenen Póstabank zurück, indem sie das Eigenkapital der Bank aufstockte und notleidende Kredite gegen Staatsobligationen eintauschte. Aufgrund der früheren Sanierungen und Privatisierungen war der ungarische Bankensektor jedoch insgesamt weitgehend konsolidiert.²¹ Größere Probleme traten im tschechischen Bankensystem auf, in dem der Anteil der als riskant eingestuften Kredite im März 1999 fast 30 Prozent erreichte. Ende 1998 mußte die tschechische Regierung notleidende Kredite der Tschechischen Sparkasse aufkaufen und das Eigenkapital der Sparkasse und der Handelsbank erhöhen.²² In Tschechien wurde die Restrukturierung der Unternehmen dadurch erschwert, daß die großen Geschäftsbanken gleichzeitig als Kreditgeber, Gläubiger und Eigentümer agierten. In der Slowakischen Republik verhinderte bisher die auf politisch loyale Manager ausgerichtete Privatisierung der Mečiar-Regierung eine effektive Sanierung und Modernisierung vieler staatseigener Industrieunternehmen. Die neue Regierung versuchte deshalb, vor allem ausländische Investoren für die Privatisierung zu interessieren.

In Polen konzentrierten sich die Probleme auf die Kohle- und Stahlproduktion im oberschlesischen Industrieviertel. Am 30. Juni 1998 beschloß die polnische Regierung das von der Europäischen Kommission in der Beitrittspartnerschaft verlangte Programm zur Umstrukturierung der Stahlindustrie und des Kohlebergbaus.²³ Die EU-Kommission kritisierte dieses Programm als nicht ausreichend und forderte eine Reduzierung der Stahlproduktion.²⁴

Daß die Anpassung der Landwirtschaft an die Gemeinsame Agrarpolitik vor allem in Polen Probleme bereitete und politischen Zündstoff enthielt, zeigte sich, als polnische Bauern vom 22. bis zum 25. Januar 1999 gegen Importe subventionierter EU-Agrarprodukte protestierten und dabei mehrere Grenzübergänge tagelang blockierten. Während zwei Bauernverbände im Februar einen Kompromiß mit der Regierung unterzeichneten, lehnte die radikale Bauerngewerkschaft dies ab und veranstaltete im März 1999 erneute Demonstrationen. Die postkommunistische Bauernpartei versuchte den polnischen Finanzminister Leszek Balcerowicz wegen seiner Sparpolitik in der Landwirtschaft zum Rücktritt zu zwingen.

Bevor die polnische Verwaltungs- und Gebietsreform am 1. Januar 1999 in Kraft trat, fanden im Oktober 1998 erstmals Wahlen zu den neuen Selbstverwaltungskörperschaften auf Kreis- und Woiwodschaftsebene statt, aus der die postkommunistische Oppositionspartei (SLD) gestärkt hervorging. Ähnliche Verwaltungsreformen erfolgten auch in der Tschechischen Republik, die bereits Ende 1997 ein Gesetz über – im Jahr 2000 direkt zu wählende – regionale Selbstverwaltungen beschloß und die Zahl der Bezirke von acht auf 14 vergrößerte, in der Slowakischen Republik, die 1996 acht neue Bezirke festgelegt hatte, sowie in Slowenien, das im Juli 1998 die Zahl der Gemeinden von 49 auf 192 erhöhte.²⁵ Ein zentrales Ziel der Reformen war die Vorbereitung auf die Verwaltung der EU-Strukturfonds.

Polen und Ungarn errichteten zu Jahresbeginn 1999 bzw. 1998 private Rentenversicherungsfonds, die nach dem Kapitaldeckungsprinzip mit obligatorischer Mitgliedschaft für junge Arbeitnehmer funktionieren und die staatliche Pflichtversicherung in zunehmendem Maße ergänzen sollten. Wie auch die Kommission in ihrem Fortschrittsbericht kritisierte, war das Gesundheitswesen der meisten ostmitteleuropäischen Länder noch immer zu stark auf die stationäre Versorgung ausgerichtet. Polen, das in diesem Bereich eher zu den Reform-Nachzüglern gehörte, führte am 1. Januar 1999 die freie Arztwahl und neue Finanzierungsmechanismen im Gesundheitswesen ein.

Eine weitgehend unbewältigte Herausforderung bedeutete die Übernahme des Grenzregimes der EU für die ostmitteleuropäischen Länder. Trotz ihrer grundsätzlichen Bereitschaft, die Schengen-Bestimmungen bereits vor dem EU-Beitritt anzuwenden, taten sich alle Länder schwer mit der konkreten Umsetzung. Polen befürchtete beispielsweise, durch Einführung eines Visumszwanges für die östlichen Nachbarländer seine außenpolitische Rolle als Vermittler zwischen West und Ost zu gefährden. Zudem stellt der grenzüberschreitende Handel in den strukturschwachen ostpolnischen Regionen einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Der polnische Innenminister nannte den Visumszwang eine „Kröte, die man wohl schlucken müsse“, um Mitglied der EU werden zu können.²⁶ Auf Druck der EU ver-

schärfte Polen seine Einreisebestimmungen für russische, weißrussische und ukrainische Staatsbürger am 1. Januar 1998 und versuchte, mit den östlichen Nachbarstaaten Rückführungsabkommen über abgelehnte Asylbewerber abzuschließen.²⁷ Neben Polen wurden auch die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn von der Kommission aufgefordert, ihre Visapolitik an die EU-Normen anzugleichen und ihre Grenzsicherung zu verbessern.

Anmerkungen

Für kritische Anmerkungen und Hinweise sei Eric von Breska und Kathrin Sitzler herzlich gedankt.

- 1 Grabbe, Heather; Kirtsty Hughes: Central and East European views on EU enlargement: Political debates and public opinion, in: Henderson, Karen (Hrsg.): Back to Europe. Central and Eastern Europe and the European Union, London, Philadelphia 1999, S. 185-202, hier S. 193.
- 2 HVG (ungarische Wochenzeitschrift) v. 16.10.1998.
- 3 Agence Europe v. 21.5.1999.
- 4 Vgl. Dok. KOM(1998) 708 endg. sowie (1998)709 endg., 17.12.1998.
- 5 HVG v. 8.5.1999.
- 6 Agence Europe v. 25.9.1998 und v. 27.5.1999; vgl. auch Dok. KOM(1998) 700 endg. 17.12.1998, S.7.
- 7 Agence Europe v. 25.7.1998.
- 8 Neue Zürcher Zeitung v. 11.8.1998.
- 9 Handelsblatt v. 23./24.4.1999.
- 10 Agence Europe v. 29.4.1999.
- 11 NZZ v. 22.3.1999.
- 12 Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 5.3.1999.
- 13 FAZ v. 10.11.1998.
- 14 NZZ v. 25.2.1999.
- 15 Agence Europe v. 25.7.1998.
- 16 FAZ v. 27.3.99.
- 17 Eberwein, Wolf-Dieter; Janusz Reiter: Die deutsch-polnischen Beziehungen: Eine Interessen- und Wertegemeinschaft? Zur ersten deutsch-polnischen Elitestudie, Berlin

1999, S. 34-39.

- 18 Juchler, Jakob: Polens Haltung zur Europäischen Union. Fortschritte trotz Spannungen und zunehmender Skepsis, in: Osteuropa 5 (1999), S. 486-492, hier S. 491.
- 19 NZZ v. 15.5.1999.
- 20 Vgl. European Commission (1998): Central and Eastern Eurobarometer. Public opinion and the European Union, im Internet verfügbar unter URL: <http://europa.eu.int/en/comm/dg10/infcom/epo/polls.html>.
- 21 NZZ v. 5.2.1999.
- 22 NZZ v. 29./30.5.1999. In der Stahlindustrie sollte die Beschäftigtenzahl von 85.000 auf 45.000 im Jahre 2003 reduziert, die staats-eigenen Stahlunternehmen bis 2001 privatisiert, die Produktionsvolumina aber bis 2005 bei 11,5 Mio. t Walzprodukte und 13,3 Mio. t Rohstahl pro Jahr konstant gehalten werden.
- 23 NZZ v. 2.7.1998.
- 24 Financial Times v. 27.10.1998.
- 25 Vgl. Breska, Eric von; Martin Brusis (Hrsg.): Central and Eastern Europe on the way to the European Union: Reforms of regional administration in Bulgaria, the Czech Republic, Estonia, Hungary, Poland and Slovakia, CAP Working Paper, München, Mai 1999; FAZ v. 21.11.1998.
- 26 NZZ v. 3.9.1998.
- 27 Hatschikjan, Margaditsch: Zum Spannungsverhältnis von Nation und Außenpolitik in Ostmitteleuropa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 3-4 (1999), S. 18-28, hier S. 21.

Weiterführende Literatur

- Europäische Kommission: Gesamtdokument, Bericht der Kommission über die von den einzelnen Bewerberländern auf dem Weg zum Beitritt erzielten Fortschritte, Dok. KOM (1998) 712 endg. 17.12.1998.
- Henderson, Karen (Hrsg.): Back to Europe. Central and Eastern Europe and the European Union, London, Philadelphia 1999.

- Katzenstein, Peter (Hrsg.): Mitteleuropa: between Europe and Germany, Providence, Oxford 1997.
- Welfens, Paul: Anpassungsprobleme in postsocialistischen Ländern Osteuropas im Vorfeld der EU-Osterweiterung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 3-4/1999, S. 29-42.